

# Bürgergeld abschaffen? Wolfgang Sartorius von der Erlacher Höhe kommentiert

Von Wolfgang Sartorius

Veröffentlicht: 28.12.2024 06:00

Wer in den vergangenen Monaten die [Bürgergelddebatte](#) auf Bundesebene verfolgte, kam nicht umhin, sich verwundert die Augen zu reiben. Die Vorstöße zu Veränderungen kamen stakkatoartig – und kaum waren sie in der Welt, wurden sie infrage gestellt oder gleich wieder kassiert. Man kann der mittlerweile gescheiterten Ampelregierung manches vorwerfen: Verlässlichkeit in der Sozialgesetzgebung gehört gewiss nicht dazu. *Ein Gast-Kommentar von Wolfgang Sartorius.*

## Carsten Linnemanns Behauptung

Viel diskutiert wurde die von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann falsch in die Welt gesetzte Behauptung, die im Artikel „[Linnemann will mehr als 100.000 Menschen Bürgergeld streichen](#)“ bei [spiegel.de](#) zu lesen war: „Die Statistik legt nahe, dass eine sechsstellige Zahl von Personen grundsätzlich nicht bereit ist, eine Arbeit anzunehmen.“ Schaut man die statistisch belegten Fakten an, so stellt sich ein völlig anderes Bild dar.

Am Stichtag 1. August 2023 erhielten rund 5,5 Millionen Menschen Bürgergeld, wobei rund 1,5 Millionen von ihnen nicht erwerbsfähige Kinder unter 15 Jahren waren. Von den verbleibenden rund vier Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren weniger als die Hälfte überhaupt arbeitslos. Denn mehr als die Hälfte waren in einer ungeforderten Erwerbstätigkeit, einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme, gingen zur Schule, studierten, pflegten Angehörige, erzogen Kinder oder standen aus anderen triftigen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht oder nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. In den ersten elf Monaten des Jahres 2023 waren es tatsächlich nur 13.838 Fälle, in denen die Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses verweigert wurden.

## Zu faul zum Arbeiten: Stimmt nicht!

In der Debatte wird – ausgesprochen oder stillschweigend – immer wieder ein Narrativ bedient: Wer im Bürgergeldbezug ist, ist schlicht zu faul zum Arbeiten. Das stimmt einfach nicht! Dass die Unterstellung von Arbeitsunwilligkeit für Menschen schmerzhaft ist, die pflegebedürftige Angehörige versorgen, keine angemessenen Betreuungsangebote für Kinder haben oder wegen unzureichender ÖPNV-Verbindungen nicht oder nicht mehr arbeiten können, ist leider Teil der Wirklichkeit. Hier sind die eigentlichen Ansatzpunkte. Hier ist die Politik gefordert, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Das wäre auch ein Weg, um durch die Hebung von Arbeitskräftepotenzialen dem Mangel in vielen Firmen konstruktiv zu begegnen.

Keine Frage: Wo Menschen Regelverstöße begehen, ist der Staat berechtigt, dies zu ahnden. Das tut er im Fall von Bürgergeldempfängern und -empfängerinnen bereits. Und es ist legitim, dass die Politik sich überlegt, wo in Zeiten knapper Kassen eingespart werden könnte. So meinte der FDP-

Fraktionsvorsitzende Christian Dürr, bei den Bürgergeldbeziehenden ließen sich 850 Millionen Euro einsparen, indem man pauschal die Regelsätze kürze. Ein Unterfangen, das vor allem zeigt, wie weit weg manche Politiker und Politikerinnen von der Lebenswirklichkeit Betroffener in Armutslagen sind. Denn der Regelsatz von 563 Euro für eine alleinstehende Person ist gewiss nicht üppig, sondern zu knapp. Die darin enthaltenen 6,51 Euro für Ernährung am Tag reichen schlicht nicht für eine angemessene, gesunde Ernährung in Anbetracht stark gestiegener Preise.

## **Riesen-Gewinne der Dax-Konzerne – trotzdem Treten nach unten**

Es ist das reflexhafte „Treten nach unten“, das Arme bedrückt, an ihrer Würde rührt, tiefe Frustration und Unzufriedenheit erzeugt. Über den Ärger hinaus fragen sich Menschen in Armutslagen auch, ob die Politik bei Sparbemühungen dasselbe Maß anlegt, wenn es um Themen wie Steuerhinterziehung oder um Subventionen geht?

Allein 2023 betrug der Netto-Gewinn der 40 Dax-Konzerne 117 Milliarden Euro – und zugleich flossen rund 11 Milliarden Euro an diese börsennotierten Unternehmen, wie die Frankfurter Allgemeine im Online-Artikel „[Dax-Konzerne erhalten Milliarden subventionen](#)“ berichtet. Mit zu den größten Subventionsempfängern gehört zum Beispiel BMW – ein florierendes Unternehmen, das zu großen Teilen im Eigentum einer der reichsten Familien in Deutschland ist. Mit Gerechtigkeit hat dies rein gar nichts zu tun. Denn auf diese Weise werden Subventionen aus Steuergeldern zu Dividenden für Aktionäre, somit die Steuern von vielen Menschen in den Gewinn für wenige umgemünzt und soziale Ungleichheit gefördert.

## **Es braucht eine neue Wertschätzung des Sozialstaates**

Eine Frage, die aktuell zu kurz kommt, ist: Was ist uns der Sozialstaat wert? Es braucht eine neue Wertschätzung des Sozialstaates. Im sozialen Rechtsstaat hat jeder Bürger das Recht, ein vollwertiger Bürger zu sein, auch dann, wenn er oder sie ohne Arbeit dasteht. Und Menschen, die in Not sind, haben Anspruch auf Schutz vor Not und Schutz in der Not.

Trotz der aktuell unbestritten schwierigen Zeiten ist Deutschland die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt nach USA und China vor Japan. Dabei ist soziale Sicherheit der entscheidende Vorsprung gegenüber vielen anderen Ländern. Auch deshalb ist die Frage falsch gestellt, wie man bei den schwächsten Bürgerinnen und Bürgern sparen kann. Sie muss vielmehr lauten: Wie viel Sozialstaat brauchen wir, damit wir weiterhin wirtschaftlich erfolgreich bleiben?

## **Wachsende Ungleichheit fördert Extremismus**

Der britische Historiker Tony Judt beschrieb im Buch „Dem Land geht es schlecht“ die Folgen wachsender Ungleichheit und stellt fest: „Die Auswirkungen materieller Ungleichheit zeigen sich erst nach einiger Zeit: Der Konkurrenzkampf verschärft sich, die Menschen fühlen sich überlegen (oder minderwertig), die Vorurteile gegenüber den Schwächeren verstärken sich, die Pathologien sozialer Benachteiligung werden immer deutlicher.“

Wahlergebnisse in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigen, wie das Gefühl des Nicht-gesehen-Werdens in Verbindung mit Frust über die wachsende Ungleichheit politischen Extremismus fördert. Wer Wohlstand und sozialen Frieden sichern will, muss den Sozialstaat stärken! Sofern dies

gelingt, werden Menschen zuversichtlicher und investieren wieder. Dies fördert die Binnenkonjunktur, und das tut auch der Wirtschaft gut und dient am Ende allen.



### **Zur Person: Wolfgang Sartorius**

Diakon Wolfgang Sartorius (62) ist geschäftsführender Vorstand der [Erlacher Höhe](#). Ehrenamtlich engagiert er sich im Vorstand der Evangelischen Obdachlosenhilfe in Deutschland (EBET e.V.), als Vorsitzender des Ev. Fachverbands für Wohnungsnotfallhilfe, im Verbandsrat der Diakonie Württemberg und in der Konferenz für Diakonie und Entwicklung von Diakonie Deutschland/Brot für die Welt. Der verheiratete Vater von vier erwachsenen Kindern und fünffache Großvater ist stellvertretender Vorsitzender der Stiftung LebensWert und ehrenamtlicher Richter am Arbeitsgericht Pforzheim.

Quelle: Waiblinger Kreiszeitung vom 28.12.2024

[https://www.zvw.de/rem-s-murr-kreis/b%C3%BCrgergeld-abschaffen-wolfgang-sartorius-von-der-erlacher-h%C3%B6he-kommentiert\\_arid-904918](https://www.zvw.de/rem-s-murr-kreis/b%C3%BCrgergeld-abschaffen-wolfgang-sartorius-von-der-erlacher-h%C3%B6he-kommentiert_arid-904918)